

orden in der Erschütterung der ökonomischen Grundlagen und der Moral des Ritterstandes sowie in der Krise der monastischen Bewegung im 14. Jh.

Mit Quellen ganz anderer Art befassen sich die Beiträge von Jürgen Sarnowsky (Hamburg), Zsolt Hunyadi (Szeged) und Juhan Kreem (Tallinn): Münzen und Siegel enthalten sowohl in ihren bildlichen Darstellungen als auch in ihren Inschriften wichtige Hinweise auf den Wandel des Selbstverständnisses ganzer Korporationen. Dieter Heckmann (Werder/Berlin) wiederum untersucht Anreden und Titulaturen in Schriftstücken des Deutschen Ordens hinsichtlich ihrer Aussagekraft für das Selbstbild der Bruderschaft. Auch in der Formensprache der Architektur preußischer Deutschordenshäuser fand, wie Kazimierz Pospieszny (Toruń) eindrucksvoll belegt, die Legitimierung von Herrschaft und die Darstellung etwa der ritterlichen Missionsidee in Preußen einen sehr unmittelbaren Ausdruck.

Beschlossen wird der Tagungsband von zwei Aufsätzen zur Ordenshistoriographie aus der Feder von Maria Starnawska (Siedlce), die das Bild der Kreuzherren-Hospitaliterorden auf polnischem Gebiet in der Frühen Neuzeit untersucht, sowie Udo Arnold (Bonn), der mit seinen Ausführungen über die Sicht des Deutschen Ordens im 16. und 18. Jh. auf seine Anfänge erste instruktive Einblicke in ein größeres Forschungsvorhaben gewährt. Resümierend bleibt festzuhalten, dass, allen Unterschieden in der Qualität der Beiträge zum Trotz, die grundsätzliche Frage, welche Elemente die Identität der geistlichen Ritterorden gestiftet haben, mit hoher Sachkompetenz und facettenreich diskutiert wird. Erfreulich ist, dass der durch ein Personenregister erschlossene Band zudem mit reichhaltigem Anschauungs- und Illustrationsmaterial aufwarten kann.

Regensburg

Jan-Erik Beuttel

Cooperatives in Ethnic Conflicts: Eastern Europe in the 19th and early 20th Century. Hrsg. von Torsten Lorenz. (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 15.) Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006. 384 S., Tab. (€ 58,-)

Thema des Bandes ist die Entstehung und Entwicklung von (Produktions-, Handels- und Kredit-)Genossenschaften in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa zwischen der Mitte des 19. Jhs und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die Genossenschaftsbewegung war, wie Torsten Lorenz' faktengesättigte und vorbildlich konzis argumentierende Einleitung darlegt, in diesem Zeitraum und in dieser europäischen Großregion die wohl wichtigste, auch die am häufigsten anzutreffende Form kollektiver wirtschaftlicher Selbsthilfe. Gemeinsam war allen Genossenschaften – jenseits der Vielfalt der Zwecke und der Erscheinungsformen im Einzelnen, jenseits auch der mannigfachen Trägergruppen und der unterschiedlichen Klientelen – die freiwillig-selbstorganisierte Konzentration und Koordinierung von Produzenten bzw. Konsumenten, welche die Steigerung der Produktivität und die Senkung der Preise ermöglichte. Damit reduzierten die Genossenschaften, aufs Ganze gesehen, die ökonomischen, sozialen und politischen Kosten des Übergangs zum Kapitalismus und milderten die Spannungen der Modernisierung.

Hatte in Westeuropa die Genossenschaftsbewegung zur Integration breiter Schichten in die entstehende Marktwirtschaft und die homogene Nation beigetragen, so kam ihr in der östlichen Hälfte des Kontinents eine andere – ebenso maßgebliche – Funktion zu: die der Integration vor allem der unteren Schichten der Bevölkerung in die entstehenden Nationalbewegungen, später in die neuen Nationalgesellschaften und -staaten. Zum Zeitpunkt des Eintritts in das nationale Zeitalter wiesen die ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Ethnien bekanntlich noch keine vollständige soziale Struktur auf. Die ökonomischen Positionen in den Imperien Russland und Österreich-Ungarn, auch im Osten des Deutschen Reiches, waren „national sortiert“; im Rahmen dieser Arbeitsteilung entlang ethnischer bzw. nationaler Grenzen besetzten häufig Nichtslawen – etwa Deutsche oder Juden – die Schalt- und Schlüsselstellen. Die sozialökonomische Schichtung reflektierte so bis zu einem ge-

wissen Grad die ethnische und hemmte die Aufwärtsmobilität der jungen Nationen: Die höheren Echelons waren ja bereits andersnational besetzt. „Formierung der ökonomischen Nation“ bedeutete folglich: Komplettierung der „je eigenen“ Wirtschafts- und Sozialstruktur. Kehrseite dieser Medaille war die Ausschaltung der „unanständigen“ Profite andersnationaler Mittelsmänner in Handel und Kreditwesen. Durchaus vernehmlich waren in diesem Kontext chauvinistische, vor allem auch antisemitische Töne. Ziel war in jedem Fall die Beendigung des „Ausverkaufs“ der Nation an „Fremde“ unter der Ägide der als Fremdherrschaft empfundenen imperialen politischen Gewalt.

In diesem Rahmen wirkten die Genossenschaften als Werkzeuge einer Emanzipation der Nation und als Instrumente ihrer Kräftigung im Wirtschaftskampf gegen andersnationale Konkurrenten. Mit der Geschichte der Genossenschaften rückt so die Geschichte des Wirtschaftsnationalismus in den Blick – dieser definiert als Ensemble ökonomischer Bestrebungen und Aktivitäten zur Förderung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der politischen und der kulturellen Einheit, Unabhängigkeit und Macht der Nation: Bestrebungen, die konfliktreich den Alltag prägten und nicht selten in Widerstreit mit den Belangen ökonomischer Rationalität und Effizienz gerieten. Der Weg der Genossenschaften von pränationalen, vorrangig sozioprofessionell orientierten Gebilden zu nationalen, ja nationalistischen Organisationen folgt frappierend stringent der im bekannten Hroch'schen Phasenmodell begrifflich eingefangenen Entwicklung der Nationalbewegungen insgesamt: vom Kulturnationalismus einer schmalen intellektuellen Elite über den auf breitem sozialen Fundament aufruhenden politischen Nationalismus bis zum Endstadium der von sämtlichen Schichten und Gruppen getragenen hoch ideologisierten nationalen Massenbewegung, deren erste Forderung die nach territorialer Sezession und dem eigenen Nationalstaat darstellte. Die auf diesem Weg zunehmend sich nationalisierende Intelligentsia im Verein mit dem nationalen Bürgertum war der bedeutendste Impulsgeber auch der Genossenschaftsbewegung: Geistliche und Lehrer wirkten vor Ort als ökonomische Präzeptoren der Nation und als Katalysatoren der Massenmobilisierung.

Im Rahmen der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs wuchs die Bedeutung der Genossenschaften noch einmal beträchtlich. Als in den Nachfolgestaaten die ehemaligen Minderheiten – etwa die Tschechen – zu Staatsnationen wurden und frühere Staatsnationen wie die Ungarn und die Deutschen zu Minderheiten „herabsanken“, wandelten sich die Genossenschaften zu Defensivvorkehrungen gegen die – zumeist aggressiven – Assimilationsmaßnahmen der neuen politischen Zentralen, zu Schutzzonen nationaler Autonomie und „nationaler Sozialisierung“. Viele Genossenschaften „mauserten sich“ in der Zwischenkriegszeit außerdem zu professionell geleiteten kommerziellen Großunternehmen. Auch im Zuge der Weltwirtschaftskrise, die einen Schub staatlicher Subventionierung wie Einflussnahme mit sich brachte, verloren die Genossenschaften zunehmend den Charakter von Selbsthilfeorganisationen; vor dem Hintergrund des Aufstiegs von Autoritarismus und Faschismus mutierten sie nun zu Agenturen und Transmissionsriemen der Staatsgewalt, während die Genossenschaftsidee sich, im Zeichen der Suche nach einer Gesellschaftskonzeption des „Dritten Wegs“, in Richtung auf egalitäre, oft agrarische Utopien bewegte.

Der Band „beackert“, um im agrarischen Bild zu bleiben, anhand einer Reihe strategisch geschickt platzierter Regionalstudien – Anu Mai Kõll zu den baltischen Ländern, Stephan Merl und Alexander Dillon zur Ukraine bzw. Russland/Sowjetunion, Attila Hunyadi und Mariana Hausleitner zu Rumänien, Uwe Müller, Torsten Lorenz, Jaroslaw Moklak, Cornelius Gröschel zu Polen, Roland Spickermann zu den Ostgebieten des Deutschen Reichs, Catherine Albrecht und Andreas Reich zu Böhmen bzw. zur Tschechoslowakei, Kai Struve zu Galizien und Žarko Lazarević zu Slowenien – ein bislang nicht sonderlich intensiv beforschtes Feld. Insbesondere ist die Brücke zwischen der allgemeinen Geschichte der Nationalbewegungen und der des Wirtschaftsnationalismus bislang viel zu selten besritten worden. Ost- und ostmitteleuropäische Genossenschaftsgeschichte hat man natürlich geschrieben – allerdings waren hier häufig die Protagonisten selbst in unkritisch-positiver, ja glorifizierender Manier am Werk. Was auf

den ersten Blick wie ein Orchideenthema anmuten mag, steht unstrittig im Zentrum der ostmittel- und osteuropäischen neueren Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte. Zu deren Erforschung hat der Band einen beträchtlichen Beitrag geleistet.

Salzburg

Christoph Boyer

Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867-1939). Hrsg. von Uwe Müller. (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 13.) Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006. 257 S., Abb., Ktn., Tab. (€ 49,-)

Ausgebeutet und im Zustand der Unterentwicklung belassen – oder durch eine Zentralregierung wirtschaftlich gefördert und auf den Weg gebracht: Dies waren, mit vielen faktisch möglichen Zwischenstufen, die beiden Extreme des Verhältnisses zwischen politischem Zentrum und Region im Ostmitteleuropa des ausgehenden 19. und des frühen 20. Jh.s. Wo der Staat sich zu wirtschaftspolitischen Interventionen veranlasst sah, war im ethnisch-national intensiv durchmischten Ostmitteleuropa alle Regionalpolitik zwangsläufig auch immer Nationalpolitik; sie war Entwicklungspolitik zugunsten – und damit eben auch zuungunsten – bestimmter Ethnien bzw. Nationalitäten.

Der vorliegende, vom Herausgeber Uwe Müller mit einer kundig und präzise argumentierenden Einleitung versehene Sammelband analysiert diese komplizierte Gemengelage wirtschafts- und nationalpolitischer Strategien und die hieraus resultierenden komplexen Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Nationalgesellschaft. Die Autoren des Bandes nehmen die ostmitteleuropäischen Teilstücke des Deutschen Kaiserreichs (d.h. die polnischen Provinzen Preußens) und der Habsburgermonarchie (cisleithanisches Galizien, transleithanisches Oberungarn) in den Blick und verfolgen die Entwicklung bis in die Zwischenkriegszeit hinein (Erste tschechoslowakische Republik und wiedergegründeter polnischer Nationalstaat). Die Beiträge gruppieren sich in der Form binationaler Tandems: Franz Baltzarek und Piotr Franaszek zu Galizien, Zoltán Kaposi und Roman Holec zu Oberungarn/Slowakei bis 1918, Uwe Müller und Stefan Kowal zu den preußischen Teilungsgebieten Polens, Drahomír Jančík und L'udovít Hallon zur Slowakei der Zwischenkriegszeit; hinzu kommt ein Aufsatz von Werner Benecke zu den polnischen *Kresy* der Zwischenkriegszeit.

Den Beginn der Untersuchung bildet der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867: Von da an lässt sich eine staatlich-cisleithanische von einer transleithanischen Wirtschaftspolitik unterscheiden. Einen sehr viel weniger bedeutenden Einschnitt markiert, für den deutschen Fall, das Jahr 1871: Der preußische Staat war in den Ostprovinzen des Reiches vor wie nach dem Jahr der Reichsgründung *der* maßgebliche wirtschafts- und nationalpolitische Akteur. Die Betrachtung endet mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die deutsche Besatzung, dann die Ära des Staatssozialismus: Dies wären eigene, neue regional- und minderheitenpolitische Geschichten. Eine wichtige Binnenzäsur ist, aus offensichtlichen Gründen, das Jahr 1918, des Weiteren die Weltwirtschaftskrise, die einen neuerlichen markanten Schub der Staatsintervention auslöste; vielerorts wurden so im Europa der dreißiger Jahre regionale Entwicklungspolitiken neu erfunden. In Ostmitteleuropa konnten diese auf die im Rahmen der Nationalitätenproblematik entstandenen älteren Traditionen des Umgangs mit regionalen Gefällen aufbauen.

In der cisleithanischen Abteilung der habsburgischen Monarchie war der Koerber-Plan der wohl bekannteste Anlauf zu einem großangelegten Infrastrukturprogramm, welches die binnenwirtschaftliche Integration fördern und relative Rückständigkeit beseitigen sollte. Diese Demonstration staatlicher Fürsorge gegenüber den Nationalitäten scheiterte allerdings an den Eifersüchteleien regionaler Interessengruppierungen hinsichtlich der Verteilung der Investitionsmittel. Die Wirtschaftspolitik Transleithaniens war in der Anlage „ökonomischer“: Sie war primär branchen-, nicht regional- oder nationalitätenpolitisch orientiert, präferierte also nicht offen die Magyaren bzw. richtete sich nicht evidentermaßen ge-